

Nr. 14**Juni 2008**Informationen der CDU-
Gemeinderatsfraktion
KarlsruheRedaktion
Gabriele Luczak-Schwarz
Kerstin RudolphV.i.S.d.P.
Kerstin Rudolph**Gabriele Luczak-Schwarz ist neue
Vorsitzende der CDU-Fraktion**

Mit klarer Mehrheit hat die CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz zu ihrer neuen Vorsitzenden gewählt. Es gab keine Gegenkandidaten.

Die 46-jährige Juristin aus Neureut folgt damit auf Wolfram Jäger, der den Fraktionsvorsitz Anfang Mai niedergelegt hat. Gleichzeitig hatte Jäger seine Bewerbung um die Nachfolge des im Herbst ausscheidenden Ersten Bürgermeisters Siegfried König bei der Stadtverwaltung eingereicht.

Wolfram Jäger war seit der letzten Kommunalwahl Vorsitzender der CDU-Fraktion. Sein Amt hat er schon jetzt abgegeben, damit seiner Nachfolgerin insbesondere im Hinblick auf die Beratungen zum Doppelhaushalt 2009/2010 und die Kommunalwahl 2009 ein möglichst ausgedehntes Zeitfenster zur Verfügung steht.

Gabriele Luczak-Schwarz kann reichhaltige kommunalpolitische Erfahrung vorweisen: Sie gehört der CDU-Fraktion im Karlsruher Gemeinderat seit 2000 an und ist bereits seit 1995 CDU-Ortschaftsrätin in Neureut. Hauptberuflich ist sie Abteilungsleiterin in der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg in Karlsruhe.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

dass mir meine Fraktionskolleginnen und -kollegen mit der Wahl zur Vorsitzenden der mit Abstand größten Fraktion im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe ihr Vertrauen ausgesprochen haben, ehrt mich sehr. Zugleich bin ich mir bewusst, dass dieses Amt eine große Verantwortung mit sich bringt. Ich bin bereit, mich dieser Aufgabe mit ganzer Kraft zu stellen.

Wichtig ist mir die kontinuierliche Fortführung der bisherigen Fraktionsarbeit. Die CDU-Fraktion hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Akzente in verschiedenen Bereichen gesetzt; daran kann und möchte ich anknüpfen.

Ein Schwerpunktthema in den kommenden Monaten wird mit Sicherheit die Finanzpolitik sein. Ende des Jahres 2008 wird Oberbürgermeister Heinz Fenrich den Doppelhaushalt 2009/2010 in den Gemeinderat einbringen. Schon jetzt muss uns bewusst sein, dass wir uns nur mit Hilfe einer nachhaltigen Finanzpolitik und kreativer Ideen die Spielräume erhalten können, die wir benötigen, um die vor uns liegenden Aufgaben angehen und die möglichst optimalen Voraussetzungen für die nachfolgenden Generationen schaffen zu können.

Gesellschaftspolitische Themen müssen stärker in den Vordergrund rücken. Hierzu gehört für mich insbesondere der Klimaschutz. Mit Sicherheit wird uns der Klimawandel künftig noch mehr beschäftigen als viele es heute ahnen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik müssen wir vorhandene Arbeitsplätze sichern und möglichst viele neue Stellen schaffen. Bereits in unserer Stadt ansässigen Unternehmen müssen die erforderlichen Perspektiven eröffnet und zugleich muss die Ansiedlung neuer Unternehmen aktiv vorangetrieben werden. Notwendig ist in diesem Zusammenhang auch eine zukunftsfähige Verkehrspolitik.

Antworten werden wir auf viele sozialpolitische Fragestellungen finden müssen. Familienförderung, Unterstützung sozial schwacher Menschen, Bereitstellung spezieller Hilfs- und

Betreuungsangebote sind nur einige Stichworte, die es in diesem Bereich zu beachten gilt. Natürlich kann die angesprochene Themenpalette nicht abschließend sein.

Denken wir nur an die schwierigen Aufgaben, die beispielsweise in den Bereichen Bildung und Sicherheit vor uns liegen. Durchsetzungsvermögen, Mut und Bereitschaft zur politischen Auseinandersetzung werden auch hier besonders gefordert sein.

Als Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion stehe ich für eine sachorientierte, zielgerichtete und zuverlässige Politik. Für die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger habe ich immer ein offenes Ohr. Alle Anregungen und Vorschläge sowie die konstruktive Kritik aus der Bevölkerung bilden für mich und die gesamte CDU-Fraktion einen wichtigen Orientierungsrahmen, damit wir die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam und sachgerecht lösen können. In diesem Zusammenhang ist mir die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit unserer Stadt und gerade auch mit ihrem Stadtteil ein besonderes Anliegen. Die Bindung zum jeweiligen Wohnort und die soziale Eingebundenheit in den eigenen Stadtteil wirken sich positiv auf das Gemeinschafts- und Sicherheitsgefühl jedes Einzelnen aus. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir hieran weiter arbeiten und so die Verbundenheit mit Karlsruhe und Ihrem eigenen Stadtteil weiter fördern und stärken.

Ihre
Gabriele Luczak-Schwarz
Fraktionsvorsitzende

**Fraktionsvorsitzende
Gabriele Luczak-Schwarz**

Verbesserung der Verkehrserschließung im Karlsruher Norden

Bereits seit vielen Jahren wird in Karlsruhe die mangelhafte Erschließung der nördlichen Stadtteile und der dortigen Industrie- und Gewerbeansiedlungen sowie der Lehr- und Forschungseinrichtungen beklagt. Folge dieser unbefriedigenden Verkehrssituation sind die hohen Belastungen in Wohngebieten durch Schleichverkehr, namentlich in Hagsfeld und Knielingen. Zudem erzeugt die fast ausschließlich über die Südtangente organisierte Verkehrserschließung im ganzen Stadtgebiet vermeidbaren Mehrverkehr. Der seit einiger Zeit in Betrieb befindliche Autobahnanschluss Karlsruhe-Nord wirkt sich bereits jetzt sehr positiv auf die Verkehrssituation im Osten der Stadt aus. Die eigentliche verkehrliche Entlastung - vor allem für den Stadtteil Hagsfeld - wird aber erst die Weiterführung bis zur Haid-und-Neu-Straße bringen. Vergleichbar ist die Situation für die westlichen Stadtteile (Knielingen, Nordstadt, Nordweststadt, Daxlanden). Auch hier können deutliche Entlastungen sowohl auf der Südtangente wie im innerörtlichen Straßennetz erreicht werden. Wie in Hagsfeld ist dafür ein ergänzender Netzschluss im übergeordneten Straßennetz in Form einer Ortsumgehung erforderlich.

Beide Maßnahmen, also eine Nordumgehung Knielingen und eine Südumgehung Hagsfeld, stellen auch ohne durchgängige Straßenführung sinnvolle Netzverbindungen im übergeordneten Straßennetz dar, stehen aber zugleich einer Verwirklichung der Nordtangente zu einem späteren Zeitpunkt nicht entgegen.

Vor diesem Hintergrund haben die Stadträte Wolfram Jäger, Thorsten Ehlgötz, Tilman Pfannkuch, Dr. Hans-Jürgen Vogt, Bernhard Weick und Ingo Wellenreuther folgenden Antrag gestellt:

1. Die Stadtverwaltung tritt mit den Straßenbauverwaltungen des Bundes und des Landes in Kontakt und eruiert die Möglichkeiten zur baldigen Realisierung einer Straßenverbindung zwischen Rhein und der B 36 (Neureuter Straße) als Nordumgehung Knielingen. Diese Straße soll - wegen der Nähe zu Wohngebieten - in Tieferlage mit gleichzeitiger Untertunnelung bzw. Überdeckelung ausgeführt werden.

2. Die Stadtverwaltung tritt mit den Straßenbauverwaltungen des Bundes und des Landes in Kontakt und eruiert die Möglichkeiten zur baldigen Realisierung einer Straßenverbindung zwischen dem BAB-Anschluss Karlsruhe-Nord und der L 560 (Haid-und-Neu-Straße) als Südumgehung Hagsfeld.

3. Die Stadtverwaltung holt bei Hochschulen, Universität, Forschungszentrum, Technologiepark und Unternehmen, die im Einzugsgebiet der neuen Netzschlüsse (Stadtteil-Umgehungen) liegen, Stellungnahmen zu den zu erwartenden Auswirkungen auf Standort, Erreichbarkeit und Weiterentwicklungsmöglichkeiten ein.

Interfraktioneller Antrag: Bauausstellung - Generationenwohnen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Expertengremium einzuberufen, das in einem ersten Workshop zusammen mit Vertretern der Stadt und des Gemeinderates grundlegende Ideen für eine Karlsruher Bauausstellung im Jahr 2015 entwickelt. Dabei wird der „Arbeitskreis amPuls“ der Architektenkammer Karlsruhe beteiligt. Darauf aufbauend erarbeitet die Verwaltung eine inhaltliche Konzeption mit erster Kostenschätzung als Grundlage für die Diskussion in den Gremien und als Voraussetzung für eine breite Bürgerbeteiligung.

Begründung:

Als Leitprojekte des Masterplans sind unter anderem „visionäre Bauprojekte (Bauausstellung, Generationenwohnen)“ genannt. Hierfür liegt bisher weder ein Konzept noch eine grobe Ideensammlung vor. Wenn jedoch im Jahr 2015 eine solche Bauausstellung verwirklicht werden soll, muss mit vorbereitenden Planungen umgehend begonnen werden. Die vorgeschlagene Auftaktveranstaltung sollte Experten aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen zusammenführen, um das Projekt zunächst in kleinerem Kreis zu diskutieren und um inhaltliche Leitlinien und Ideen zu entwickeln. In einem nächsten Schritt könnte die Stadtverwaltung die Vorstellungen auf ihre Realitätstauglichkeit prüfen und räumliche Festlegungen vornehmen. Das gesamte Projekt muss zu einem frühen Zeitpunkt in eine breite Bürgerbeteiligung eingebunden werden.

Aus dem Gemeinderat

Zentrale Anlaufstelle für Kinderbetreuungsplätze

In Karlsruhe gibt es bisher keine zentrale Anlaufstelle für Kinderbetreuungsplätze. Grundsätzlich registriert die Stadtverwaltung die Kinder unter drei Jahren, für die Eltern einen Betreuungsplatz suchen. Jedoch wird hierdurch lediglich der Bedarf an Plätzen ermittelt. Nicht festgehalten wird, in welcher Betreuungseinrichtung welche freien Plätze vorhanden sind. Daher müssen sich Eltern, die ihre Kinder in einer Betreuungseinrichtung anmelden wollen, jeweils direkt an die einzelnen Einrichtungen wenden. Die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit einer Kommune hängt ganz wesentlich davon ab, ob sie Familien ein lebenswertes und attraktives Umfeld bietet. Weitere Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für Familien sind für die CDU-Fraktion ein entscheidender Baustein auf dem Weg zur „Familienstadt Karlsruhe“. Mit einem Antrag forderten die Stadträte Wolfram Jäger, Bettina Meier-Augenstein und Gabriele Luczak-Schwarz die Stadtverwaltung daher auf, die Möglichkeiten der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle zur Erfassung und Belegung sämtlicher in Karlsruhe zur Verfügung stehender Kinderbetreuungsplätze zu prüfen. Die Verwaltung stellte zunächst fest, dass hierfür eine professionelle Software und umfangreiche Hardware sowie eine Personalkapazität von rund zwei Planstellen erforderlich seien. Zugleich sagte sie zu, die Schaffung einer Zentralstelle zur Platzvergabe im Rahmen einer Organisationsuntersuchung zur Optimierung der Karlsruher Kindertageseinrichtungen zu berücksichtigen.

Neugestaltung Festplatz

In einem Antrag forderten die Stadträte Wolfram Jäger, Bernhard Weick und Dr. Hans-Jürgen Vogt die Stadtverwaltung auf, die bisher-

gen Planungen zur Neugestaltung des Festplatzes zu überarbeiten und dabei vor allem auf die Einrichtung einer Wasserfläche zu verzichten. Letztere sah der im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung aus dem Jahr 2000 erstplatzierte Entwurf vor. Der Gesamtaufwand für diese Umgestaltung wurde zuletzt auf etwa 5,4 Millionen Euro geschätzt. Die CDU-Fraktion freut sich, dass der genannte Antrag in der Gemeinderatssitzung am 8. April 2008 eine Mehrheit fand. Eine - sei es auch nur teilweise - „Flutung“ der großen und frei bespielbaren Festplatzfläche wird es damit nicht geben; die zuständigen Gremien werden nun erneut beraten.

Islamische Bestattungen

Immer mehr Muslime, die in Deutschland leben, entscheiden sich dazu, sich auch hier bestatten zu lassen. In der Vergangenheit kam es im Regelfall zur Rückführung des Leichnams in die alte Heimat der Verstorbenen. Oftmals schlossen Muslime hierzu eine Rückführungsversicherung ab. Grundsätzlich ist im Islam die Erdbestattung die einzig erlaubte Bestattungsform. Der Leichnam wird dabei ohne Sarg und lediglich in ein Tuch gehüllt ins Grab gelegt; der Kopf blickt zur rechten Seite Richtung Mekka. Dass sich immer mehr Muslime in ihrer Wahlheimat Deutschland bestatten lassen, ist zugleich ein Zeichen wachsender Integration und Akzeptanz. Zudem erleichtert es den hier lebenden Angehörigen die Trauerarbeit. Auf eine Anfrage der Stadträte Wolfram Jäger, Manfred Bilger und Andreas Erlecke teilte die Stadtverwaltung mit, dass auf dem Hauptfriedhof bereits ein Grabfeld für muslimische Bestattungen eingerichtet ist. Auch stehen geeignete Räumlichkeiten für die rituelle Waschung der Verstorbenen zur Verfügung. Darüber hinaus sind die Grabfelder so angeordnet, dass die Blickrichtung des Toten nach Mekka möglich ist.

Anträge und Anfragen der CDU-Fraktion

Alkoholmissbrauch

Alkoholmissbrauch unter Kindern und Jugendlichen ist ein zunehmendes Problem. Hinzu kommt, dass Alkoholkonsum in vielen Fällen das Entstehen von Gewalt und Aggression begünstigt. Nach Ansicht der CDU-Fraktion muss hier durch eine Verknüpfung von präventiven, sozialpolitischen und repressiven Maßnahmen gegengesteuert werden. Bereits kürzlich forderte die Fraktion daher in einem Antrag, das Trinken von Alkohol in bestimmten Bereichen zu verbieten; hierzu gehören beispielsweise Spielplätze, Haltestellen, Vorplätze von Schulen und Kirchen oder auch Plätze, an denen eine Häufung von Delikten im Zusammenhang mit Alkoholkonsum zu beobachten ist. Zugleich müssen die Aufklärungs- und Betreuungsarbeit intensiviert und die Erziehungsfähigkeit der Familien gestärkt werden.

In einem weiteren Antrag fordern die Stadträte Wolfram Jäger, Andreas Erlecke, Bettina Meier-Augenstein, Rainer Weinbrecht und Manfred Bilger die Stadtverwaltung nun auf, Informationen zum Projekt „HaLT - Hart am Limit“ einzuholen und ein Konzept zur Umsetzung in Karlsruhe zu entwickeln. HaLT ist ein Modellprojekt des Bundes und wurde 2003 ins Leben gerufen. Es will dem exzessiven Alkoholkonsum möglichst frühzeitig und präventiv begegnen und zugleich die Kommunen bei der Durchführung geeigneter Maßnahmen im Bereich der Alkoholprävention unterstützen. Die CDU-Fraktion meint, dass HaLT ein wirkungsvolles und nachhaltiges Projekt ist. Es würde die in Karlsruhe bereits etablierten Maßnahmen wie den Einsatz von Jugendschutzteams oder die Aktion „Sicheres Nightlife“ sinnvoll und entscheidend ergänzen.

Bücherverbrennung

Im Jahr 2008 jährt sich der Tag der Bücherverbrennung zum 75. Mal. Auf Initiative der nationalsozialistisch dominierten „Deutschen Studentenschaft“ wurden am 10. Mai 1933 zeitgleich auf dem Berliner Opernplatz und in vielen weiteren deutschen Städten unzählige Bücher von Autoren, die von den Nazis verfemt wurden, verbrannt. In einigen Städten wurden Verbrennungen bereits vor dem 10. Mai durchgeführt oder später nachgeholt. Zudem kam es in weiteren Städten zu „nachahmenden“, d.h. nicht studentischen Bücherverbrennungen. Eine solche fand auch in Karlsruhe am 17. Juni 1933 im Rahmen einer Sonnwendfeier auf dem Schlossplatz statt. In vielen Städten, zum Beispiel in Bremen, Frankfurt, Göttingen, Köln und Landau erinnern Gedenk- oder Texttafeln an die Bücherverbrennungen aus dem Jahr 1933. Sie sind zugleich ein Mahnmal für die nachfolgenden Generationen und weisen auf die Gräueltaten der Nazi-Diktatur hin. Da es in Karlsruhe bisher keine zentrale Gedenkstätte gibt, haben die Stadträte Wolfram Jäger, Christiane Staab, Marianne Krug und Dr. Hans-Jürgen Vogt beantragt, eine solche auf dem Schlossplatz, beispielsweise in Form einer Bodenplatte, einzurichten.

Mehrgenerationenwohnprojekte

Im Jahr 2006 startete das Bundesfamilienministerium das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“. Das Programm fördert das Miteinander und den Austausch der Generationen und schafft Netzwerke familiennaher und generationenübergreifender Dienstleistungen. Daneben gibt es jedoch weitere private Initiativen und Gruppen, die ebenfalls und unabhängig von diesem Aktionsprogramm Mehrgenerationenwohnprojekte anstreben. Auch diese Projekte wollen Anlaufpunkt und Begegnungsstätte für Menschen jeden Lebensalters sein, die Potenziale der einzelnen Generationen nutzen und unterschiedliche Kompetenzen fördern. Oftmals ist es allerdings nicht einfach, geeignete Wohnobjekte mit den erforderlichen infrastrukturellen Bedingungen zu finden; auch bei der praktischen Umsetzung können unvorhersehbare Schwierigkeiten auftreten, für die ein Beratungsbedarf besteht. Die Stadträte Wolfram Jäger und Tilman Pfannkuch haben daher beantragt, bei der Stadtverwaltung eine zentrale Anlaufstelle zur Koordinierung und Betreuung von Mehrgenerationenwohnprojekten einzurichten und den zuständigen Gremien regelmäßig über die Entwicklung der einzelnen Projekte zu berichten.

Schwimmangebote in den Ferien

In den Medien wird immer wieder berichtet, dass insgesamt zu wenige Menschen schwimmen können. Wiederholt hat sich die CDU-Fraktion deshalb mit der Frage des Schwimmangebots für Kinder und Jugendliche befasst und entsprechende Initiativen bei der Stadtverwaltung eingereicht. Aufgrund der kürzlich von der DLRG veröffentlichten Zahlen, wonach seit dem Jahr 2000 in Deutschland pro Jahr durchschnittlich 532 Menschen ertrunken sind, haben die Stadträte Wolfram Jäger, Marianne Krug und Detlef Hofmann nun erneut einen Antrag eingereicht. Danach soll die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Trägern von Ferienmaßnahmen prüfen, wie Schwimmkurse in deren Angebote eingebunden werden können. Grundsätzlich wird an den Karlsruher Grundschulen der gemäß Lehrplan geforderte Schwimmunterricht zwar durchgeführt, jedoch hält die CDU-Fraktion zusätzliche Maßnahmen für erforderlich, zumal damit gleichzeitig der bei vielen Kindern bestehenden Bewegungsarmut entgegen gesteuert werden könnte.

Nationalfeiertage in der Europäischen Union

Auf Initiative der Stadträte Wolfram Jäger und Sven Maier und zweier FDP-Kollegen beschloss der Gemeinderat, an den Nationalfeiertagen der 27 EU-Mitgliedsstaaten die jeweilige Nationalflagge auf dem Marktplatz aufzuziehen. Seit dem 10. Mai 2008, dem Tag des Europafests, ist dieses neue Beflaggungs- und Informationskonzept endgültig umgesetzt. Zusätzlich können Informationen über die Bedeutung und Entstehung der einzelnen Nationalfeiertage sowie über das Land und die Menschen in einem Wechselplakatträger vor dem Rathaus und in der Stadtzeitung nachgelesen werden. In Karlsruhe leben und arbeiten viele Menschen aus Mitgliedsländern der EU. Die CDU-Fraktion freut sich, dass sich dieser Gewinn an kultureller europäischer Vielfalt künftig nun auch deutlicher im Stadtbild niederschlagen wird.

Gewerbeflächenbedarf in Karlsruhe und Umgebung

Das kürzlich von der Stadtverwaltung vorgestellte Gutachten zur Gewerbeflächenentwicklung zeigt auf, dass innerhalb der Stadtgrenzen Gewerbeflächen in erheblichem Umfang fehlen. Eine sorgsame und nachhaltige Gewerbeflächenpolitik und die Entwicklung zusätzlicher Flächenpotenziale sind aber erforderlich, um im Wettbewerb um Unternehmen und Investoren konkurrenzfähig bestehen zu können. Letztlich können nur so Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gesichert und zugleich neue Perspektiven eröffnet werden. Die Zukunftsfähigkeit und die Attraktivität unserer Stadt hängen hiervon ganz entscheidend ab. Die Stadträte Wolfram Jäger, Thorsten Ehlgötz und Tilman Pfannkuch fordern die Stadtverwaltung daher in einem Antrag auf, ein Strategie- und Handlungskonzept zur kurzfristigen Gewerbeflächenmobilisierung sowie eine Konzeption zur mittel- und langfristigen Entwicklung neuer Gewerbeflächen vorzulegen. In diesen Konzepten sollen insbesondere auch folgende Fragen beantwortet werden:

- In welcher Größenordnung sind Arbeitsplätze und Steuereinnahmen durch nicht zustande gekommene Gewerbeansiedlungen oder -erweiterungen verloren gegangen?
- Welche Maßnahmen können kurzfristig ergriffen werden, um zeitnah neue Gewerbeflächen mit ausreichender Fläche zur Verfügung zu stellen? Welche Flächen kommen hierfür in Betracht und welche Rolle spielen die geplanten bzw. aus Sicht der Wirtschaftsförderung wünschenswerten Infrastrukturmaßnahmen?
- Inwieweit konnten ansiedlungswillige Unternehmen, die in Karlsruhe nicht zum Zuge kommen konnten, zumindest in der TechnologieRegion Fuß fassen?
- Welche Möglichkeiten bietet das Flächenmonitoring für eine Modernisierung und Konversion bestehender Gewerbegebiete?

CDU-Fraktion diskutiert mit Landrat Dr. Schnaudigel

Zu einem umfassenden Gedankenaustausch über gemeinsame regionale Themen hatte die CDU-Fraktion im April Landrat Dr. Christoph Schnaudigel eingeladen. Diskutiert wurde unter anderem über den öffentlichen Nahverkehr, die Zukunft der Neuen Messe und den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden. Dr. Schnaudigel, der seit September 2007 im Amt ist, forderte zudem eine enge Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis bei der Weiterentwicklung des KIT, dem Karlsruher Institut für Technologie. Thematisiert wurden zudem der Bau einer zweiten Rheinbrücke und der Nordtangente - beides Projekte, die auch für den Landkreis und vor allem die Gemeinden, die letztlich von deren Entlastungswirkung profitieren können, von enormer Wichtigkeit sind. Die Frage möglicher Kooperationen im Gesundheitswesen wurde ebenso angesprochen wie die Schwierigkeiten, die sich im Bereich der Abfallwirtschaft aufgrund der Einführung der Blauen Tonne ergeben haben. Dr. Schnaudigel lobte abschließend die gute Zusammenarbeit der Feuerwehren von Stadt und Landkreis und hob die besondere Bedeutung einer integrierten Regionalleitstelle unter dem Dach der künftigen Hauptfeuerwache im Karlsruher Osten hervor.



(v. li.) Dr. Christoph Schnaudigel und Wolfram Jäger

Platzbenennung in Oberreit



Schildenthüllung: Oberreit hat nun einen Alfred-Delp-Platz

Der Platz westlich vor dem Ökumenischen Gemeindezentrum in Oberreit war bisher ohne Namen. Auf Initiative des CDU-Ortsverbands beantragte die CDU-Gemeinderatsfraktion, den Platz nach Pater Alfred Delp zu benennen. Der Gemeinderat stimmte dem Vorschlag zu.

Mitte April 2008 wurde der Platz im Beisein des Ersten Bürgermeisters Siegfried König, der CDU-Stadträte Manfred Bilger und Marianne Krug sowie der CDU-Ortsvorsitzenden Isolde Haller offiziell an die Bevölkerung übergeben.

Der Mannheimer Jesuitenpater Dr. Andreas Falkner erläuterte die Biografie Alfred Delps und Pfarrer Bernhard Feger von der katholischen Pfarrei St. Thomas Morus segnete den Platz.

CDU-Fraktion hält an Stadionausbau fest

Die CDU-Fraktion steht nach wie vor hinter dem geplanten Umbau des Wildparkstadions in eine moderne, zukunftsfähige Fußballarena. Der Umbau ist dringend erforderlich, damit Profi-Fußball auch künftig in Karlsruhe stattfinden kann. Die CDU-Fraktion wird daher die Positionen, die unausweichlich sind, z.B. Baukostensteigerungen und Sanierung der jetzigen Haupttribüne, mittragen. Dementsprechend wird die Fraktion einer diesbezüglichen Erweiterung des Verhandlungsmandats des Oberbürgermeisters zustimmen, allerdings nicht um jeden Preis. Die CDU-Fraktion erwartet, dass sich der KSC in den weiteren Verhandlungen mit Lösungsmöglichkeiten zur Finanzierung der anstehenden Kosten konstruktiv und in angemessener Höhe beteiligt. Darüber hinaus erscheinen etwaige Zusatzforderungen des KSC nur mit Drittmitteln realisierbar.

CDU-Fraktion im Gespräch mit Dr. Susanne Asche

Die städtische Kulturförderung und Projekte im Bereich Schule/Kultur waren die Schwerpunktthemen eines Gesprächs der CDU-Fraktion mit Dr. Susanne Asche, die das Kulturamt der Stadt Karlsruhe seit Beginn des Jahres 2008 leitet. Das vom Gemeinderat beschlossene Kooperationsmodell „Schule und Kultur“ will Kreativität, soziale Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen schärfen und ist bei den Schulen auf positive Resonanz gestoßen. Frau Dr. Asche berichtete darüber hinaus über Umstrukturierungen im Kulturamt und die bisherigen weiteren Pläne für die Nancy-Halle, die in diesem Jahr unter anderem für eine Fußball-Ausstellung und die Experimenta genutzt wird. Sie erklärte, als Leiterin des Kulturamts sei es vor allem ihr Ziel, Karlsruhe überregional deutlicher wahrnehmbar zu positionieren.

Die Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion Karlsruhe stehen für

Ihre Rückfragen jederzeit zur Verfügung:

Gabriele Luczak-Schwarz
Bettina Meier-Augenstein
Christiane Staab
Thorsten Ehlgötz
Dr. Thomas Müller
Tilman Pfannkuch
Rainer Weinbrecht

Ingo Wellenreuther MdB
Manfred Bilger
Hubert Buchmüller
Andreas Erlecke
Dr. Klaus Heilgeist
Detlef Hofmann

Wolfram Jäger
Dr. Albert Käuflein
Marianne Krug
Sven Maier
Dr. Hans-Jürgen Vogt
Bernhard Weick